

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #22/2012

23 Juni 2012

Die Fragen stellte Milena Zwerenz, Germanistik- und Anglistik-Studentin aus Dresden

Milena Zwerenz:

Frau Bundeskanzlerin, nächsten Mittwoch sprechen Sie beim Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft. Die Damen und Herren werden sicherlich von Ihnen wissen wollen, wie es mit der Energiewende weitergeht. Was sagen Sie denen?

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Ich werde denen erst einmal ein Dankeschön sagen, weil dieser Bundesverband die Energiewende sehr konstruktiv begleitet und für uns ein sehr wichtiger Gesprächspartner ist. Zweitens werde ich sagen, dass die Bundesregierung zusammen mit den Ländern intensiv an der Umsetzung der Energiewende arbeitet – dass wir noch etliche Probleme zu lösen haben, dass wir aber aus meiner Sicht Vieles jetzt auch angepackt haben, was auf einem guten Wege ist.

Im vergangenen Jahr hat der Anteil erneuerbarer Energien am Strom-Mix 20 Prozent betragen. Wie soll eine Stromversorgung ganz ohne Kernkraftwerke bis 2022 da funktionieren?

Erstens haben wir sehr große Steigerungsraten. Dass wir schon 20 Prozent an der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien haben, ist ein riesen Erfolg. Wir haben eher zurzeit das Problem, dass wir zu bestimmten Tageszeiten sehr, sehr viel Erzeugung durch erneuerbare Energien haben; wenn die Sonne scheint und der Wind weht, dann können wir schon einen großen Teil des Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien schaffen. Das heißt, die große Herausforderung wird sein, die grundlastfähigen Kraftwerke – zum Beispiel Gaskraftwerke, aber auch Biogasanlagen – mit den erneuerbaren Energien, die noch sehr temporär zur Verfügung stehen, zu verbinden oder aber Energie zu speichern. Es wird also nicht die Frage sein, dass wir nicht genug Energie haben, sondern es wird die Frage sein: Können wir einen Energie-Mix bereitstellen, der sich wirtschaftlich trägt, der den Strom bezahlbar hält und gleichzeitig umweltfreundlich ist und die Versorgungssicherheit gewährleistet? Daran muss gearbeitet werden. Und das heißt: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das einen Vorrang für Einspeisung erneuerbarer Energien hat, muss intelligent mit den Investitionsanreizen für grundlastfähige Kraftwerke verkoppelt werden. Dann schaffen wir das.

Beim Ausbau der Übertragungsnetze haben Sie kürzlich einen Rückstand eingeräumt. Besteht denn die Gefahr, dass dieser Rückstand das Gesamtprojekt Energiewende gefährdet?

Nein, diese Gefahr sehe ich nicht, denn wir haben jetzt gesetzliche Grundlagen geschaffen, mit denen die Planung und auch Durchführung dieser Energietrassen deutlich beschleunigt werden kann. Wir haben jetzt die ersten Erfahrungen mit dem sogenannten ENLAG – das ist das Energieleitungsausbaugesetz. Hier kann, wenn Bürgerinnen und Bürger klagen, dann nur eine Gerichtsinstanz die Entscheidung fällen; das ist das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, das in sehr kurzer Frist auch urteilen wird und damit Baufertigkeit herstellen wird. Ich glaube also, dass nach längeren Anlaufschwierigkeiten jetzt die Projekte Schritt für Schritt in Gang kommen. Und wir haben dann für die zukünftigen Netzausbauten einen

Netzentwicklungsplan. Hier geht es vor allen Dingen um die großen Leitungen von Nord nach Süd, die praktisch keine Abzweigungen kennen, die auf Gleichstrombasis funktionieren und die wie eine Verlängerungsleine funktionieren, um den Windstrom aus dem Norden abzuholen und in den Süden zu geleiten. Für diese Netzausbauplanung gibt es jetzt Anhörungen der Bürgerinnen und Bürger. Und wir werden dann einen solchen Plan in Gesetzesform zum Ende des Jahres verfügbar haben, und dann können die Bauarbeiten beginnen.

Zeitverzug droht ja auch, weil Menschen in ihren Nachbarschaften keine Leitungen oder Windparks haben wollen. Wie lässt sich überhaupt verhindern, dass nicht eine Flut von Klagen die Energiewende abwürgt?

Also für die Kernprojekte – wie ich es eben schon sagte – nach dem Energieleitungsausbaugesetz oder dem Netzausbaugesetz werden wir beschleunigte Verfahren haben, also nur eine Einspruchsinstanz. Dafür wollen wir aber im Gegenzug die Bürgerinnen und Bürger auch sehr früh bei der Planung beteiligen. Für die ganzen Verteilernetze stellt sich die Sache schon etwas komplizierter dar. Und hier müssen wir auch gemeinsam – der Bundesverband zum Beispiel, den ich besuche, genauso wie die Umweltverbände, die Wirtschaftsverbände und die Politik – vor Ort bei den Ländern und im Bund werben, dass eine Energiewende auch Veränderungen mit sich bringt. Wer das Land der erneuerbaren Energien sein möchte, wer in Zukunft im wesentlichen von erneuerbaren Energien den Strom beziehen möchte, der muss auch bereit sein, dass sich die Infrastruktur dann verändert und dass jeder dazu auch seinen Beitrag leisten muss.

Apropos Beitrag: Welche Maßnahmen ergreift denn die Bundesregierung selbst – zum Beispiel in ihrer Verwaltung –, um zu größerer Energieeffizienz beizutragen?

Ja, wir nehmen Teil an der Gebäudesanierung, versuchen natürlich, Energieeffizienz voranzubringen, und wir haben in vielen Ministerien auch den Bezug von Ökostrom und gleichzeitig die Veränderung des Fuhrparks hin zu Hybridautos oder zu Elektroautos. Und auch im Kanzleramt findet das Schritt für Schritt Eingang.

Und beziehen Sie denn persönlich auch Ökostrom und besitzen einen Elektrodienstwagen?

Ein Elektrodienstwagen ist bei meinen gepanzerten Autos sehr schwierig, aber im Kanzleramt werden auch immer Elektroautos ausprobiert. Und wir werden im Kanzleramt ab dem 1.7. dieses Jahres jetzt auch Ökostrom beziehen.